



1 **Resolution des Parteivorstands**

2
3 **Konsens der Demokraten**

4
5 Seit 1949 erfüllen die demokratischen Parteien den Auftrag unseres Grundgesetzes. Zum
6 Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland gehört es als Lehre aus dem verbrecherischen
7 NS-Regime und dem Scheitern der Weimarer Republik, dass Demokraten keine gemeinsame
8 Sache mit den Feinden der Demokratie machen.

9
10 Unsere heutige Demokratie wird von rechten Populisten und gewalttätigen Neonazis
11 herausgefordert. Über den Punkt "Wehret den Anfängen" sind wir längst hinaus.

12
13 Der Rechtsterror des NSU, der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle,
14 Morddrohungen gegen Kommunalpolitiker, Ehrenamtliche und Abgeordnete, der anwachsende
15 Antisemitismus, Angriffe auf Journalisten sowie das Erstarken rechtsradikaler Parteien sind
16 dafür deutliche Zeichen.

17
18 Wir sind fest entschlossen, unsere freiheitliche und offene Gesellschaft mit allen Mitteln des
19 Rechtsstaates und der Demokratie zu behaupten. Wir wissen, dass wir dabei auf eine sehr große
20 Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und eine aktive Zivilgesellschaft zählen können.

21
22 Wir als demokratische Parteien stehen dafür besonders in der Pflicht. Durch unser tägliches
23 politisches Agieren sowie im demokratischen Wettbewerb und im Umgang untereinander
24 wollen und müssen wir die Demokratie stärken.

25
26 Die gemeinsame Wahl eines Ministerpräsidenten in Thüringen durch FDP, CDU und AfD war
27 eine unverzeihliche Grenzüberschreitung, die weit über den Freistaat hinaus unsere Demokratie
28 belastet.

29
30 Regierungsbildungen und politische Mehrheiten in unserem Land dürfen nicht durch die
31 Stimmen der AfD zustande kommen.